

AFGHANISTAN

Letzte Kränkung

Nach dem Mord an Vizepräsident Qadir wächst die Empörung bei den Paschtunen – zwischen den Volksgruppen im Norden und Süden droht ein neuer Konflikt.

Die Trauerfeier, tief in der Provinz, vollzog sich mit dem ganzen Pomp eines Staatsbegräbnisses.

Nur Tage zuvor war Homaira Schah, Afghanistans letzte Königin, fast unbemerkt zu Grabe getragen worden. Doch als vorvergangenen Sonntag in Jalalabad, der „Stadt der tausend Gärten“, Gouverneur Haji Abdul Qadir beerdigt wurde, drängten 10 000 Afghanen um den Sarg.

Eine Armeeformation war angetreten, das halbe Kabinett per Helikopter eingeschwebt. Sieben Schüsse Salut und ein blumiges Poem, verlesen über krächzende Lautsprecher, begleiteten die Zeremonie. Eine „wahre Führernatur“ sei der Tote gewesen, ein „Held Afghanistans“, beklagte ein Stammesführer.

Tags zuvor hatten zwei Unbekannte den postum so Gepriesenen in Kabul mit 40 Schüssen niedergestreckt – ein Anschlag, der das Ende des brüchigen afghanischen Friedens einläuten könnte. Denn Qadir, 53, war zuletzt nicht mehr nur der steinreiche Gouverneur seiner Heimatprovinz Nangarhar, er saß zugleich als Minister der Übergangsregierung am Kabinetttisch und diente als einer der Stellvertreter von Staatsoberhaupt Hamid Karzai.

Politisch hatte der Posten des Vizepräsidenten kein Gewicht. Aber der frühere Mudschahidin-Kommandeur war neben Karzai der prominenteste Paschtune in der Regierung, er sollte zwischen der Zentralmacht und den eigensinnigen paschtunischen Stämmen vermitteln, der mit zehn Millionen Menschen größten, vorwiegend



Beisetzung Qadirs in Jalalabad: Verfolgt, vertrieben, verraten

im Süden siedelnden Volksgruppe. Die hatte 250 Jahre lang die Herrscher in Kabul gestellt, fühlt sich aber nun als Verlierer der Wende am Hindukusch: Sie glaubt sich politisch marginalisiert, verfolgt, vertrieben.

Die tödlichen Salven auf ihren Stammesbrüder könnten die letzte, entscheidende Kränkung sein. Schon die Regierungsbildung nach der Loya Jirga, der Großen Ratsversammlung, hatten die Paschtunen kaum beeinflussen können. Formal wurde Qadir dem Präsidenten zur Seite gestellt, doch statt des gewichtigen Innenministeriums erhielt er nur das Ressort für Öffentliche Arbeiten. Armee und Geheimpolizei blieben in der Hand der Tadschiken von der Nordallianz, die bereits nach ihrem Einmarsch in Kabul alle Schlüsselpositionen an sich gerissen hatten.

Sogar im paschtunischen Kernland um Jalalabad fasste die Nordallianz Fuß. Mit Hazrat Ali installierte sie dort als Militärbefehlshaber einen ihrer glühendsten Anhänger. Ali legte sich kurz vor dem Attentat sogar mit dem Qadir-Sohn Abdul Zahir an. Er ließ dessen Männer, die die Straße zur pakistanischen Grenze kontrollieren, entwaffnen – für paschtunische Krieger gibt es keine größere Demütigung.

„Sabotage“ könne seinen Willen nicht brechen, „Frieden und Stabilität“ zu schaffen, beteuerte Präsident Karzai nach dem Mord. Doch noch in Jalalabad ertönte der Ruf nach Rache: Karzai solle die Mörder fangen und ausliefern, anders sei ein neuer Ausbruch von ethnischer Gewalt kaum noch zu verhindern. Denn viele Paschtunen vermuten die Attentäter in den Reihen der Nordallianz.

Von den mächtigen Stammesbrüdern im Süden des Landes mag kaum noch jemand auf Karzai setzen, sie fühlen sich von ihm verraten. Er sei der „Sohn von George W. Bush“, ein „Lakai der Amerikaner“, heißt es auf den Straßen von Kandahar, er tue nicht genug gegen den anhaltenden Bombenkrieg. Denn die Einsätze der US-Truppen gegen versprengte Qaida-Kämpfer fordern viele zivile Opfer – fast ausschließlich unter paschtunischen Stämmen.

Allein im Dorf Kakarak in der Provinz Uruzgan starben am 1. Juli 48 Menschen, nachdem eine amerikanische AC-130 versehentlich eine Hochzeitsgesellschaft angriff. Laut einer Studie der Universität New Hampshire hätten Fehlbombardements bislang 3742 Afghanen das Leben gekostet. Einsatzpläne der Amerikaner müssten künftig von ihnen abgezeichnet werden, verlangten letzten Freitag erbot die Gouverneure der sechs Südprovinzen.

Sprengstoff häuft sich auch in den Flüchtlingslagern an der Grenze zu Pakistan an. Dort sammeln sich Paschtunen aus den Nordregionen, in denen Tadschiken und Usbeken die Mehrheit bilden. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat Tausende Fälle „systematischer Vertreibung“ dokumentiert; die Opfer würden vorher von Milizen ausgeraubt, Frauen vergewaltigt, Männer ermordet. In Lakan Khel in der Provinz Baghlan sind von 600 Paschtunenfamilien nur 10 zurückgeblieben – Karzai vermochte die Übergriffe auf seine eigene Volksgruppe nicht zu verhindern.

Ein ausländischer Beobachter schlug jetzt Alarm: Francesc Vendrell, EU-Sonderbeauftragter für Afghanistan. Auf einer Konferenz mit Experten aus 20 Ländern im spanischen Córdoba machte er klar, dass der alleinige Machtanspruch der Tadschiken gebrochen werden müsse – die „Enttäuschung anderer Volksgruppen“ sei bereits gefährlich groß. CHRISTIAN NEEF

Die größten Volksgruppen in Afghanistan

